



PANDEMIE

„Wir müssen den Betrieb am Leben halten“

Die Café- und Kioskbetreiberin in einem Krankenhaus berichtet von Umsatzeinbrüchen und Problemen im zweiten Corona-Lockdown

VON HUBERT DREHER

LUDWIGSBURG/REMSECK/BERLIN. Vielleicht lassen die Ankündigungen von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) und Finanzminister Olaf Scholz (SPD), dass die Coronahilfen einfacher und zielgenauer werden, Heike Dufern-Schmid etwas aufatmen. Konkret soll es bei der Überbrückungshilfe III künftig ein Kriterium geben, ob Firmen Hilfen bekommen können. Sie sollen für jeden Monat eine Förderung erhalten, in dem sie einen Umsatzeinbruch von wenigstens 30 Prozent nachweisen können. Bisher mussten Firmen nachweisen, dass sie in mehreren Monaten Umsatzeinbrüche erlitten haben, oder dass sie direkt oder indirekt von Schließungen betroffen sind.

„Die Lage ist derzeit düster“, sagt Dufern-Schmid, die zum Mandantenstamm von Hermann Hess zählt, Steuerberater bei der Kanzlei BSKP. Sie betreibt schon seit 1999 in zweiter Generation ein Café mit Kiosk in einem Krankenhaus im Großraum Stuttgart. Neben dem Café-Betrieb versorgt die Remseckerin in ihrem Kiosk-Bereich die Patienten, Besucher und das Klinikpersonal mit Zeitungen und Zeitschriften, Kuchen und Snacks, Getränken und Artikeln des täglichen Bedarfs. Bis zum Ausbruch der Coronapandemie sind die Geschäfte gut gelaufen, nun kämpft Dufern-Schmid seit Beginn des ersten Lock-

downs mit großen Umsatzausfällen. Während andere Gastronomiebetriebe wenigstens über den Sommer geöffnet hatten, war dies bei ihrem Café-Betrieb wegen der besonderen Zugangsbeschränkungen des Krankenhauses nicht der Fall. „Beim Café beträgt der Umsatzrückgang daher 100 Prozent, im Kioskbereich 50 Prozent – dies jedoch bei weiterlaufenden Kosten“, sagt die Unternehmerin. Das hängt zum einen mit den Beschränkungen für die Gastronomie und zum anderen mit den coronabedingten Zugangsbeschränkungen in der Klinik zusammen, für die sie zum Schutz der Patienten und des Krankenhauspersonals großes Verständnis zeigt. Ihr Lob gilt auch der Klinikleitung, die versucht, mit ihr anfallende Probleme zu lösen.

„Anders als früher kommen viel weniger Patienten und deren Angehörige sowie Besucher vorbei“, betont die Café-Betreiberin. „Wir hätten auch schon im ersten Lockdown nicht nur das Café, son-

dern auch den Kiosk schließen müssen, wie es der Steuerberater geraten hatte“, sagt Dufern-Schmid. Sie habe jedoch den Kiosk-Bereich nicht geschlossen, die Öffnungszeiten aber eingeschränkt, um Patienten und das Krankenhauspersonal weiter versorgen zu können und um ihr Personal wenigstens zeitweise beschäftigen zu können. „Man kann ja gute Leute, die zum Teil seit vielen Jahren für einen arbeiten, nicht einfach in die Wüste schicken“, sagt sie. Heike Dufern-Schmid will für ihre Mitarbeiter Verantwortung zeigen. Den Großteil ihrer Mitarbeiter musste sie jedoch in Kurzarbeit schicken.

Die Café-Betreiberin findet es gut, dass der Staat die Unternehmen in ihrem Corona-Existenzkampf unterstützt. „Die Soforthilfe haben wir erhalten“, betont Dufern-Schmid, allerdings habe es lange gedauert. Und die beantragte Novemberhilfe? Kurz vor Weihnachten war ein Schreiben der L-Bank im Briefkasten, in dem ihr die Abschlagszahlung bestätigt wurde. In der vergangenen Woche ist das Geld nun geflossen. Das Bundeswirtschaftsministerium hatte wie berichtet bereits verkündet, dass die Auszahlungen der regulären Novemberhilfe durch die

Länder nach Verzögerungen wegen technischer Probleme nun starten und umgesetzt werden.

Ihr Steuerberater Hermann Hess hatte bereits im Vorfeld betont, dass die Abschlagszahlung der Novemberhilfe vorbehaltlich einer möglichen Rückforderung ausbezahlt werde, da über den Kiosk ja noch geringe Umsätze getätigt werden und der Betrieb dadurch möglicherweise nicht als „komplett geschlossen“ gilt. Hier stellt sich Heike Dufern-Schmid nun die Frage, ob es nicht angesichts dieser Warnung sinnvoller gewesen wäre, den Betrieb komplett einzustellen, was aber für die Inhaberin unter den besonderen Gegebenheiten eines Café-Betriebes mit Kiosk in einem Krankenhaus nicht in Betracht kommt.

„Wir müssen den Betrieb am Leben halten“, zeigt sich Heike Dufern-Schmid kämpferisch. Dafür hat sie unlängst schon einen hohen Betrag aus ihrer privaten Altersversorgung in ihren Betrieb investiert, den sie vermutlich nicht wieder erwirtschaften kann. „Wir hoffen, die Krise möglichst unbeschadet zu überstehen“, sagt sie optimistisch, „um möglichst bald unsere Gäste und Kunden wieder verwöhnen zu können.“



Die Örtlichkeiten unterscheiden sich, die Bilder jedoch kaum: Viele Cafés, Bistros und Restaurants sind wegen der Coronapandemie auch in Baden-Württemberg weiterhin geschlossen. Foto: Halfpoint/stock.adobe.com

Die Luft wird für Unternehmen immer dünner

Die Klagen aus der Wirtschaft an der schleppenden Umsetzung bei Auszahlung der staatlichen Coronahilfen reißen zwar nicht ab, doch die massive Kritik hat offenbar bewirkt, dass die Bundesregierung bei den Hilfen für Unternehmen nachbessert. So hatte Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) nach einer Einigung mit Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) zu den Beschlüssen der Bund-Länder-Schaltkonferenz am Dienstagabend erklärt, dass die Hilfen „einfacher, umfangreicher und zielgenauer“ werden sollen. Künftig soll es nach den Worten von Scholz einen erweiterten Zugang zu den Hilfen geben, außerdem soll der Förderhöchstbetrag aufgestockt werden. Auch die Abschlagszahlungen sollen auf bis zu 100.000 Euro erhöht werden.

Wirtschaftsverbände hatten zuvor landauf, landab verkündet, dass für viele Mittelstandsbetriebe im zweiten Lockdown die Luft immer dünner wird. „Die Hilfen müssten schnell kommen“, hat auch Hermann Hess, Steuerberater bei der Kanzlei BSKP mit Sitz in Ludwigsburg, im Gespräch mit unserer Zeitung

gefordert. „Wir packen da – typisch deutsch – viel zu viel Bürokratie mit rein“, klagte Hess, der auch mehrere Jahre Ludwigsburger Bezirksbeauftragter der Steuerberaterkammer Stuttgart war. Damit spricht er Hans Peter Wollseifer aus dem Herzen. Der Präsident des Zentralverbands des Deutschen Handwerks berichtete von „Verzweigungshilferufen“, weil zahlreiche Handwerksbetriebe nicht mehr wissen, wie sie ihre Kosten und den Betrieb am Laufen halten sollen. Zudem verlieren sie angesichts der Fülle und der Unterschiede bei den Zugangsvoraussetzungen und Antragswegen schlicht den Überblick. „Die als Bazooka-Hilfen groß angekündigten Hilfen müssen bei den Betrieben ankommen und dürfen nicht von Bürokratie ausgebremst werden“, forderte Wollseifer. Kreishandwerksmeister Albrecht Lang vernimmt aus der Region ein „gewisses Rauschen“. Die Soforthilfen habe es 2020 zeitnah gegeben. „Bei den November- und Dezemberhilfen dauert alles sehr lang“, betonte er.

Konkret soll es bei der Überbrückungshilfe III künftig ein Kriterium geben, ob Firmen Hilfen bekommen können. Sie

sollen für jeden Monat eine Förderung bekommen, in dem sie einen Umsatzeinbruch von wenigstens 30 Prozent nachweisen können. Vergleichswert ist in der Regel der Vorjahresmonat. Für November und Dezember müssen Firmen bisher einen Umsatzrückgang von 40 Prozent vorweisen. Bei der Staffelung soll es bleiben. Eine Neuerung zielt auf den Einzelhandel: Wertverluste für unverkäufliche oder saisonale Ware sollen als erstattungsfähige Fixkosten anerkannt werden. Zudem sollen Investitionen für die Modernisierung und Umsetzung von Hygienekonzepten ebenso wie Investitionen in Digitalisierung und Modernisierung geltend gemacht werden können.

Hess, der auch an Altmaier geschrieben hat, schätzt, dass durch die Anpassung der Überbrückungshilfe III und ihre rückwirkende Ausweitung auf November 2020 die Überbrückungshilfe II wohl nur noch für die Monate September und Oktober maßgeblich wären. Damit Klarheit herrsche, müsse man noch die Definition der Überbrückungshilfe III, insbesondere der dazugehörigen FAQ, also der am häufigsten gestellten Fragen, abwarten. (dre)

AUTOBRANCHE

Lieferengpässe bei Halbleitern

STUTTGART. Die Auswirkungen des Mikrochipmangels auf den Absatz beim Autobauer Daimler lassen sich nach Darstellung von Vertriebsvorständin Britta Seeger noch nicht konkret absehen. Der Januar sei gut abgesichert. Welche Folgen sich für die Kunden im Februar und März ergeben könnten, versuche man intern und in Gesprächen mit Zulieferern zu ermitteln, sagte Seeger gestern. Sie sei zuversichtlich, dass die Probleme mit den Lieferanten gelöst und die Auswirkungen so gering wie möglich gehalten werden könnten.

Lieferengpässe bei Halbleitern setzen viele Autohersteller unter Druck und zwingen sie zur Drosselung der Produktion. Bei Daimler sind die Mercedes-Werke in Rastatt und Bremen sowie im ungarischen Kecskemet betroffen.

Seeger stellte gestern den neuen elektrischen Kompakt-SUV EQA vor, der ab Anfang Februar zu kaufen sein wird. Es ist das dritte reine Elektrofahrzeug aus der Mercedes-EQ-Reihe. Drei weitere, darunter das Flaggschiff EQS, sollen im Laufe des Jahres folgen. Der EQA wird seit einiger Zeit in Rastatt und ab diesem Jahr dann in Peking gebaut. Mit Blick auf den Chipmangel betonte Seeger, dass der Anlauf der EQ-Modelle höchste Priorität habe. (dpa)

Im Handwerk sind viele Chefsessel frei

Projekt möchte in der Region junge Menschen für eine Betriebsnachfolge begeistern

STUTTGART. Weil die Unternehmergeneration im Handwerk zunehmend älter wird, sollen mit dem neuen „Nachfolgenetzwerk: Offensive Unternehmertum“ mehr Nachwuchskräfte für die Übernahme eines Handwerksbetriebs sensibilisiert werden. „Es gibt viele zukunftsfähige und wirtschaftlich attraktive Unternehmen, die praktisch nur darauf warten, in die Zukunft geführt zu werden“, betont Thomas Hoefling, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Region Stuttgart. Für das Projekt, das die Handwerkskammern Region Stuttgart, Freiburg und Karlsruhe umsetzen, hat das Bundeswirtschaftsministerium Fördermittel von 788.000 Euro zur Verfügung gestellt.

Traum von Selbstständigkeit

„Alle, die den Traum von der Selbstständigkeit haben, sollten sich durch Corona nicht entmutigen lassen und den Schritt Richtung Chefsessel wagen“, ist Thomas Hoefling überzeugt. Denn ohne Zweifel werde qualifizierten und vorbereiteten Handwerkern und damit Handwerksbetrieben die Arbeit in Nach-Pandemiezeiten nicht ausge-



Ist überzeugt, dass den Handwerksbetrieben die Arbeit nicht ausgeht: Thomas Hoefling, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer. Foto: Busch

hen, denn sie werden dringend gebraucht. Die Erfahrung zeige, dass sich dabei eine Betriebsnachfolgelösung als Schritt in die Selbstständigkeit oftmals einfacher gestalten lasse als eine Existenzgründung.

Die Inhaber oder Geschäftsführer von über 6000 Handwerksbetrieben in der Region Stuttgart sind aktuell älter als 55 Jahre. Der großen Zahl an übergabereifen Betrieben stehen jedoch immer weniger Menschen gegenüber, die zu einer Betriebsübernahme bereit sind. Auch die Bereitschaft zur Übernahme inner-

halb der Familie sinkt. „Steuern wir hier nicht gegen, wird der Rückzug vieler Gewerke aus der Fläche, den wir momentan schon beobachten können, auch den Rückgang der Ausbildungsleistung und der Nahversorgung beschleunigen“, warnt Thomas Hoefling.

Dieser Entwicklung möchte die Handwerkskammer Region Stuttgart gemeinsam mit den Kammern aus Freiburg und Karlsruhe entgegenwirken. Deshalb soll das „Nachfolgenetzwerk Baden-Württemberg“ mit verschiedenen Schwerpunkten in den teilnehmenden Kammern die Motivation und Sensibilisierung sowie auch die Vorbereitung auf den großen Schritt Betriebsnachfolgelösung eng begleiten.

Gezielte Information

Der Schwerpunkt des Projekts der Stuttgarter Kammer ist deshalb die gezielte Information und Sensibilisierung von jungen Menschen in allgemeinbildenden Schulen, den Meisterschulen aber auch in Studiengängen mit dem Schwerpunkt „Unternehmertum/Entrepreneurship“. „Wir wollen Personen finden, die

eine Karriere im Handwerk anstreben und sie für die Branche begeistern. Auch Jungmeistern sollen die Chancen einer Existenzgründung durch Betriebsnachfolge zielführend aufgezeigt werden“, erklärt Hoefling. Zudem sei es notwendig, auch in den Schulen in den Abschlussklassen auf die Karrieremöglichkeiten im Handwerk aufmerksam zu machen. „Schüler sollen erkennen, dass die Option Chef und Unternehmer zu werden, im Handwerk gang und gäbe ist.“ Aber auch Studenten und Studienabbrecher stünden im Fokus. „Die Möglichkeiten, sich im eigenen Handwerksbetrieb zu verwirklichen, sind groß“, weiß Kammerchef Hoefling.

Das Nachfolgenetzwerk Baden-Württemberg wird über die Initiative „Unternehmensnachfolge – aus der Praxis für die Praxis“ vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages gefördert.

INFO: Weitere Informationen zum Projekt im Internet unter: www.nachfolgenetzwerk-handwerk-bw.de oder www.hwk-stuttgart.de/nachfolgenetzwerk

Neue Prämie für Handwerksmeister

Zur bestandenen Meisterprüfung haben im vergangenen Jahr im Südwesten erstmals gut 2100 Handwerker die neue Meisterprämie erhalten. Das sind 80 Prozent aller Frauen und Männer, die 2020 ihre Prüfung erfolgreich abgelegt und damit den Titel erworben haben, wie der Handwerkstag auf Anfrage mitteilte. Die aus dem Landeshaushalt gezahlte Prämie in Höhe von 1500 Euro war zum 1. Mai 2020 eingeführt worden, galt aber rückwirkend seit Jahresbeginn. Wer seinen Meistertitel zwischen Anfang Januar und Ende April erworben hatte, konnte das Geld also ebenfalls bekommen.

Gerade in Krisenzeiten zeige sich die Verlässlichkeit des Handwerks und der beruflichen Bildung, sagte Landeshandwerkspräsident Rainer Reichhold. „Die Meisterprämie ist ein wichtiger Schritt, um die hohe Bedeutung der beruflichen Bildung zu unterstützen“, betonte er. „Diese zeigt sich auch am großen Interesse an der Meisterprämie – selbst im Pandemiejahr 2020.“ Mit der Prämie, die es in anderen Bundesländern schon länger gibt, sollen einerseits Engagement und Leistung der Handwerker gewürdigt werden. Sie soll andererseits aber auch dazu beitragen, die mitunter hohen Kosten für die Ausbildung wenigstens teilweise zu erstatten, hatten Wirtschaftsministerium und Handwerkstag zum Start der Prämie betont. Sie soll helfen, potenzielle Nachwuchskräfte von einer beruflichen Ausbildung zu überzeugen. Nach Angaben des Handwerkstags gab es 2020 im Land 2580 Meisterabschlüsse. Von 2313 Anträgen auf Auszahlung der Prämie wurden 2114 bewilligt. Eine Meisterpflicht gilt derzeit in 53 Handwerksberufen. (lsw)